

► **Nr. VO/2022/11537**
öffentlich

Lübeck, 30.09.2022

Antrag eines Ausschuss-Mitgliedes

Verantwortliche Bereiche:
Geschäftsstelle der Fraktion Alternative für Deutschland (AfD)

Bearbeitung: *Andrea Gaidetzka (E-Mail: andrea.gaidetzka-luebeck@afd-sh.de Telefon: 122-1056)*

Antrag des AM Herwig Alt (AfD): Appell an die Bundesregierung zur sogenannten "Energiewende"

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
14.11.2022	Wirtschaftsausschuss und Ausschuss für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"	Öffentlich	zur Entscheidung

Antrag:

I. Der Wirtschaftsausschuss appelliert an die Bundesregierung:

Die Lübecker Wirtschaft leidet massiv unter der ideologiegetriebenen sogenannten „Energiewende“; die große Teile unserer Lübecker Wirtschaft gefährdet. Daher fordern wir Sie auf, diese fehlgeleitete Politik umgehend zu stoppen und wieder alle verfügbaren Energieträger einschließlich Kernkraft, Fracking-Gas und Kohle mit der bestmöglichen Filtertechnologie zu nutzen. Nur durch eine breite Streuung der Energieträger kann wieder eine sichere Energieversorgung unserer Lübecker Wirtschaft erreicht werden, und zwar zu moderaten Preisen.

II. Der Wirtschaftsausschuss beauftragt seinen Vorsitzenden, ein entsprechendes Schreiben an die Bundesregierung zu versenden.

Begründung:

Für unsere Lübecker Wirtschaft stellt die sogenannte "Energiewende" eine große Bedrohung dar. Die einseitige Ausrichtung auf die sehr schwankenden erneuerbaren Energien und zur Absicherung der Grundlastfähigkeit, übergangsweise auf Gas, und das unter Ausblendung aller anderen Energieträger, führt für unsere Lübecker Wirtschaft zu einer zunehmend unsicheren Energieversorgung sowie damit einhergehend zu ruinösen Energiepreisen. Diese, allein aus ideologischen Gründen betriebene Energiepolitik muss daher sofort gestoppt und durch eine rationale Energiepolitik, die den Erfordernissen der Lübecker Wirtschaft gerecht wird, ersetzt werden.

Anlagen:

Ausschussmitglied